

WEIL

DAS JETZT

ZÄHLT.

DEN SOZIALSTAAT SOLIDARISCH FINANZIEREN



Unser Sozialstaat sorgt für Sicherheit im Wandel. Er stärkt die Demokratie und sichert die Würde und Anerkennung eines jeden Einzelnen. Der Sozialstaat sichert uns gegen die zentralen Risiken des Lebens ab und wir alle profitieren auf vielfältige Weise von seinen Leistungen. Damit das so bleibt und wir gleichzeitig die unübersehbaren Baustellen und Gerechtigkeitslücken beheben können, fordern wir als IG Metall eine solidarische Finanzierung des Sozialstaates.

WIR KRITISIEREN:

Trotz seiner unbestreitbaren Leistungsfähigkeit hat der Sozialstaat in den letzten Jahren auch seine Schwächen gezeigt.

Es gibt eine Reihe von unübersehbaren Baustellen und Problemen, die längst im Alltag der meisten Menschen angekommen sind: Zu geringe Renten, trotz eines langen Erwerbslebens; Zuzahlungen bei Medikamenten, Zahnersatz und weiteren medizinischen Leistungen; oder eine chronisch unterfinanzierte und unterausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge (z.B. Kitas, Krankenhäuser und Schulen).

Das Rezept der Rechtsextremen und neoliberaler Marktideologen: Statt Sicherungslücken zu schließen und den Sozialstaat zukunftsfest zu machen, fordern sie Kosten zu senken, Sozialleistungen abzubauen oder einzuschränken. Die daraus resultierende Enttäuschung der Menschen, nutzen sie aus, um auf die angeblich notwendige Privatisierung von sozialstaatlichen Aufgaben zu verweisen.

UNSERE FORDERUNGEN

- ▶ Hohe Einkommen und Vermögende müssen durch eine gerechtere Steuerpolitik mehr zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen.
- ▶ Durch eine moderate Anhebung der paritätisch finanzierten Sozialbeiträge wollen wir die Arbeitgeber angemessen an der Finanzierung beteiligen und die Einnahmehasis der Sozialversicherungen stärken.
- ▶ Versicherungsfremde Leistungen müssen durch höhere Steuerzuschüsse an die Sozialversicherungsträger finanziert werden.
- ▶ Durch die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung bei der Rente und einer Bürgerversicherung bei der Gesundheit, wollen wir den versicherten Personenkreis und somit auch die Einnahmehasis stärken.
- ▶ Die Schuldenbremse muss abgeschafft, mindestens aber investitionsförderlich reformiert werden, um dringend benötigte Investitionen in unsere soziale Infrastruktur zu ermöglichen.

Sozialausgaben zu senken oder Sozialbeiträge zu deckeln, führt jedoch nur zu einer Lastenverschiebung zu Ungunsten der Beschäftigten. Schließlich müssten wir alle die weiterhin benötigten Leistungen aus eigener Tasche finanzieren. Ein schlechtes Geschäft, von dem letztlich nur Vermögende und Arbeitgeber profitieren.

UNSERE LÖSUNGSVORSCHLÄGE

Damit soziale Sicherheit nicht zum Luxusgut wird und eine gute Versorgung nicht vollständig vom Geldbeutel abhängt, bedarf es einer solidarischen Finanzierung des Sozialstaates. Wir wollen, dass hohe Einkommen und Vermögen mehr zur Finanzierung des Sozialstaates beitragen und wir fordern eine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber. Der Staat muss außerdem sicherstellen, dass dringend benötigte Investitionen in die soziale Infrastruktur (Schulen, Kitas, Pflege, etc.) im ausreichenden Umfang finanziert werden.

Als IG Metall werden wir in den anstehenden Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaates deutlich Stellung beziehen, uns entschieden und sichtbar gegen Angriffe auf sozialstaatliche Errungenschaften zur Wehr setzen und uns für eine solidarische Sozialstaatsfinanzierung einsetzen.

WIR INFORMIEREN

Was leistet der Sozialstaat für mich?

Der Sozialstaat sichert zunächst alle Beschäftigten gegen die sogenannten zentralen Lebensrisiken (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit, etc.) ab. Doch auch wer nicht krank, pflegebedürftig oder arbeitslos ist, profitiert durch eine Vielzahl sozialstaatlicher Leistungen. Hierzu zählen u.a.: Wohngeld, Kindergeld, Elterngeld, Kitaplätze, Schulen und vieles mehr.

Ist der Sozialstaat noch finanzierbar?

In der öffentlichen Debatte über die Zukunft des Sozialstaates wird immer wieder der Eindruck erweckt, als seien die Sozialausgaben in den vergangenen Jahren explodiert und der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar. Der ehemalige Bundesfinanzminister Christian Lindner hat ein mehrjähriges Moratorium für Sozialausgaben vorgeschlagen. Arbeitgeberverbände und wirtschaftsnahe Lobbygruppen trommeln bereits seit langem für eine Begrenzung der Sozialausgaben und eine Deckelung der paritätisch finanzierten Sozialversicherungsbeiträge.

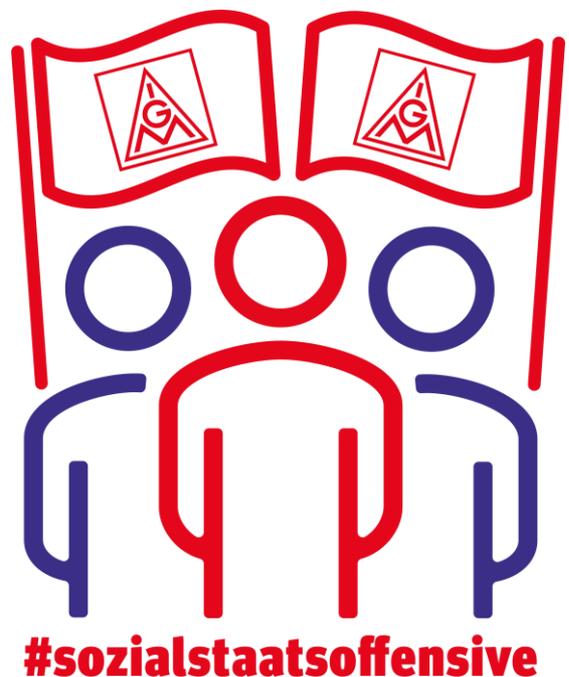
Ein Blick auf die Fakten zeigt, dass die Sozialausgaben in Deutschland weder im internationalen noch im historischen Vergleich besonders hoch sind. Die Summe aller Sozialausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten 15 Jahren relativ konstant und liegt derzeit bei 30,5%. Die Staatsquote, also alle staatlichen Ausgaben (inklusive der staatlichen Sozialleistungen) im Verhältnis zum BIP – bewegt sich ebenfalls

auf konstantem Niveau. Von explodierenden Ausgaben kann also keinesfalls die Rede sein.

Vielmehr geht es um die Frage wie eine gerechte Finanzierung des Sozialstaates in Zukunft aussehen sollte. Wir fordern eine faire Lastenverteilung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine angemessene Beteiligung von Spitzenverdienern und Superreichen an der Finanzierung des Sozialstaates.

Ist mehr Privatvorsorge nicht die bessere Lösung?

Entstehende Sicherungslücken (z.B. bei der Rente) durch mehr private Vorsorge zu schließen – wie es Teile der Politik immer wieder fordern – löst das Problem überhaupt nicht, sondern führt lediglich zu einer einseitigen Verteilung der Kosten. Während die Kosten bei der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden, müssen Beschäftigte die private Vorsorge fast vollständig aus der eigenen Tasche bezahlen. Wer über ein geringes Einkommen verfügt, hat am Ende des Monats ohnehin kein Geld mehr übrig, um zusätzlich vorzusorgen.



Mehr soziale Sicherheit für die Zukunft – dafür geht die IG Metall in die Offensive!

sozialstaat.igmetall.de